

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP Aktuelle Stunde – Diesel-Fahrverbote

Dazu sagt die Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 213.18 / 13.06.2018

Die Anwohner*innen haben ein Anrecht auf saubere Luft

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren!

„Keine Drohung mit Fahrverboten durch die Landesregierung“ - was für ein martialischer Titel! Zuviel Trump und Kim Jong Un gesehen, würde ich sagen.

Es geht hier nicht um Drohungen, liebe SPD. Es geht darum, wie wir ein ernsthaftes Problem in den Griff bekommen. SO₂ ist ein gesundheitsschädliches Reizgas. Die Anwohner*innen haben ein Recht auf saubere Luft.

Die Industrie hat die Autofahrer*innen und die Anwohner*innen betrogen. Die Bundesregierung ist indifferent und kommt nicht aus dem Quark. Die Länder und Kommunen haben jetzt den schwarzen Peter. Sie haben die Aufgabe, geltendes Recht umzusetzen.

Übrigens Recht, was vom Gesetzgeber zum Schutz der Bevölkerung geschaffen wurde. Wo kämen wir denn hin, wenn sich die Exekutive da einen schmalen Fuß machen würde und auf das Recht pfeifen würde?!

Richtig, dass Melund hat frühzeitig ein Arbeitspapier vorgelegt, das erste Optionen aufzeigt. Nicht mehr und nicht weniger. Sicher nicht zu früh angesichts der Lage.

Man kann nicht einerseits Transparenz und frühzeitige Einbindung aller Akteur*innen fordern und andererseits sich dann, wenn ein erstes Papier auf dem Markt ist, beklagen, dass „Teile der Nachricht die Bevölkerung verunsichern würden.“

Verunsichert sind die Menschen, seit deutlich geworden ist, dass sie von der Automobilindustrie veräppelt wurden. Verunsichert sind die Menschen, weil die Bundesregierung nicht dafür sorgt, dass ihre Nachrüstung finanziert wird. Verunsichert sind die Menschen, wenn hin und her gerechnet wird, wie viel verunreinigte Luft noch zumutbar ist.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um Mathematik und Statistiken, es geht nicht nur um Grenzwerte. Es geht um Menschen und deren Gesundheit.

Deshalb dürfen wir auch nicht Grenzwerte den Bedürfnissen der Automobilindustrie anpassen, sondern wir müssen die Verkehrspolitik und die Mobilität den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt anpassen.

Ja, wir sind uns alle einig, dass Fahrverbote nicht die Ursachen des Problems lösen. Ja, dass sie ökologisch wenig sinnvoll ist, weil Verkehre verlagert werden und im schlimmsten Fall die Umwelt stärker belastet wird, wenn auch anders verteilt.

Aber trotzdem gilt EU-Recht und wir hier im Landtag, die mehrheitlich europäisches Recht zum Glück noch ernst nehmen, wollen auch, dass es umgesetzt wird.

Die Politik muss die Industrie an die Kandare nehmen und Hardwarenachrüstungen veranlassen. Wenn wir das Thema Hardwarenachrüstungen aussitzen und Fahrverbote drohen und den Gerichten das Heft des Handelns überlassen, dann, meine Damen und Herren, ist das ein Konjunkturprogramm für Populist*innen.

Und Minister Habeck hat gehandelt. Das Melund hat der Stadt Kiel ein Arbeitspapier übermittelt und Vorschläge unterbreitet. Vorschläge, die zum Beispiel auch die Gutachter in Kiel in ihre Untersuchungen einbeziehen können.

Wer kritisiert, dass das vorschnell gewesen sei, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Spielen mit Zeit geht nicht. Im Gegenteil, wir alle und insbesondere auch diejenigen, die in der Küstenkoalition zusammen regiert haben, hätten vermutlich schon viel eher aktiv werden müssen. Die Stadt Kiel allemal!

Wenn wir ehrlich sind, sind alle Seiten doch erst aufgewacht, als wir damit rechnen mussten, dass die Gerichte Fahrverbote erlassen könnten. Wenn Politik ernst genommen werden will, dann muss sie handeln, bevor die Gerichte entscheiden. Und deshalb ist es gut, dass erste Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Lieber Herr Stegner, Sie bezeichnen es als unseriös, Menschen zu erschrecken? Ich finde es unseriös, keine Lösungen anzubieten. Kopf in den Sand und auf die Gerichte warten, das nenne ich unseriös.

Herr Stegner, Sie meinen, es sei elitär, keine Rücksicht auf die Fahrer*innen von Dieselfahrzeugen zu nehmen? Ist es nicht genauso elitär, keine Rücksicht auf die Mieter*innen von Wohnungen zu nehmen, die an stark befahrenen Straßen wohnen? Ist das der elitäre Teil der Kieler*innen, die am Theodor-Heuss-Ring wohnen?

Meine Damen und Herren, anstatt dass wir uns gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben, sollten wir gemeinsam handeln: Hier und in Berlin.

Nachrüsten wo es geht: wir sind dabei!

Besserer ÖPNV: wir sind dabei!

Umweltfreundliche Antriebe: wir sind dabei!
